

## Antrag zu einer sozial gerechten und umweltfreundlichen Ernährungsreform

1 Der menschengemachte Klimawandel ist die neue Lebensrealität des 21. Jahrhunderts und mit seinen  
2 nahezu alle Bereiche unseres Lebens betreffenden Facetten ist er zudem die wahrscheinlich drängends-  
3 te soziale Frage unserer Zeit. Einer der wichtigsten sozialen Aspekte des Klimawandels ist die Frage nach  
4 unserer eigenen Ernährung, mit der wir uns im Kampf gegen den Klimawandel zwangsläufig beschäfti-  
5 gen müssen. In Zahlen: 83% der weltweiten Agrarflächen werden für die Nutztierhaltung selbst oder zur  
6 Ernährung der Tiere gebraucht, dadurch trägt jene massiv zur Abholzung von Wäldern bei. Ein großer  
7 Anteil aller menschengemachten Treibhausgase stammen aus der Fleischindustrie. Dabei verschlingt die  
8 industrielle Viehzucht mehr Wasser und Nahrungsmittel, als die Menschheit selbst konsumiert. Daraus  
9 resultiert, dass die Viehzucht deutlich mehr Kalorien verbraucht, als sie am Ende für den menschlichen  
10 Verzehr bereitstellt.

11 Darüber hinaus stellt der Fleischkonsum eine Gefahr für die Wirksamkeit von Antibiotika. 50% der deut-  
12 schen Antibiotika werden in der Nutztierhaltung eingesetzt, diese gelangen u.a. in unsere Nahrung sowie  
13 potenziell in die Umwelt. Außerdem führt der hohe Einsatz zu Antibiotikaresistenzen. Die Nutztierhaltung  
14 führt so zu einer großen Gefahr von Pandemien, Zoonosen und multiresistenten Keimen.

15 Nach Schätzungen könnte man bis zu 3,5 Milliarden Menschen mehr ernähren, wenn man die an Nutztier-  
16 tiere verfütterte Nahrung für Menschen benutzen würde. Es ist klar, dass wir den jetzigen weltweiten  
17 Konsum von tierischen Produkten nicht im jetzigen Maß aufrechterhalten können und dürfen. Anderer-  
18 seits ist es offensichtlich, dass in einigen Gegenden der Erde eine Nahrungsmittelversorgung nicht ohne  
19 tierische Produkte möglich ist, viele Menschen sich eine vegane Ernährung schlichtweg nicht leisten kön-  
20 nen oder keinen ausreichenden Zugriff auf Informationen haben. Auch wollen wir niemanden tierischen  
21 Konsum verbieten, sondern dessen Kosten widerspiegeln. Eine Ernährungsreform, die ökologisch bzw.  
22 klimaneutral ausgerichtet ist und sozial gerecht umgesetzt wird, ist notwendig.

23 Hierzu brauchen wir eine Reform des Landwirtschaftssektors. Sowohl national als auch international. Die  
24 EU hat mit ihrem größten Haushaltsposten der Landwirtschaftssubventionen innerhalb Europas einen  
25 starken Hebel, aber auch mit ihrer Marktmacht international. Eine Reform der Subventionen sowie starke  
26 Lieferkettengesetze müssen hier Teil der Antworten sein.

27 Neben dem angebotsseitigen institutionellen Rahmen der Lebensmittelerzeugung gibt es aber bisher  
28 auch keine Steuerung über die Nachfrageseite. Die Umsatzsteuer (umgangssprachlich Mehrwertsteuer)  
29 ist bisher die einzige Steuer, die Konsument\*innen auf alle Lebensmittel direkt bezahlen. Sie ist eine Ge-  
30 meinschaftssteuer, die auf inländische Dienstleistungen und Waren anfällt. In Deutschland gibt es zwei  
31 Mehrwertsteuersätze: Den Regelsteuersatz von 19 % und den ermäßigten Steuersatz von 7 %. Gemäß  
32 § 12 Abs. 2 Nr. 1 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) ermäßigt sich die Steuer auf 7 % unter anderem bei  
33 Fleisch, Fisch, Milch und Milcherzeugnissen, Eiern, Gemüse, Obst, Leitungswasser und Backwaren. Der  
34 Gesetzgeber wollte dadurch insbesondere Lebensmittel, die zu den Grundnahrungsmitteln gehören, be-  
35 vorzugt behandeln. Diese Einteilung jedoch führt zu ökologisch fragwürdigen Ergebnissen: Während z.B.  
36 Kuhmilch mit 7 % besteuert wird, wird pflanzliche Milch mit 19 % besteuert. Insgesamt gibt es im jetzigen  
37 Umsatzsteuersystem einen Flickenteppich für die Erhebung auf Lebensmittel: Ein Apfel 7%, Apfelsaft 19%.  
38 Für uns als jungsozialistischer Verband ist aber klar, dass wir nicht allein höhere Steuern auf Lebensmittel

39 erheben wollen. Wir wollen eine Vereinfachung und Vereinheitlichung der Umsatzsteuer auf alle Lebens-  
40 mittel. Gleichzeitig wollen wir durch einen sozial ausgeglichenen CO2-Preis den ökologischen Preis von  
41 Nahrung berücksichtigen.

42 Unsere Ernährungsweise muss aber nicht nur klimaneutral werden, sondern Lebensmittel müssen auch  
43 fair und sozial gerecht produziert werden. Das bedeutet, dass wir entlang der Lieferketten für gute und  
44 sichere Arbeitsbedingungen sorgen müssen. Für die Lebensmittel, die in Europa produziert werden, heißt  
45 das ganz konkret, einen europäischen Mindestlohn insbesondere für Erntehelfer\*innen einzuführen und  
46 darüber hinaus starke Gewerkschaften ohne „Unionbusting“ sowie gute Tariflöhne für alle Menschen,  
47 die in der Lebensmittelproduktion arbeiten. Nur so können wir gegen prekäre Arbeitsbedingungen, wie  
48 z.B. in der Fleischverarbeitung bei Tönnies oder die Ausbeutung von Geflüchteten auf den Obst- und  
49 Gemüseplantagen in Spanien, vorgehen.

50 Die Jusos setzen sich für eine umfassende Reform der Lebensmittelproduktion hinzu einem klimaneutra-  
51 len, ökologisch gesunden und sozial gerechten System ein:

52 **Wir fordern daher:**

- 53 1. Die Mehrwertsteuer für alle Lebensmittel auf 7% zu setzen. Vergünstigungen, die dadurch für un-  
54 gesunde wie z.B. alkoholische oder gezuckerte Lebensmittel eintreten, wollen wir gegebenenfalls  
55 durch Alkohol- oder Zuckersteuer sozial verträglich ausgleichen. Falls notwendig werden wir dies  
56 auch auf EU Ebene durchsetzen.
- 57 2. Ein konsequenter CO2-Preis für alle Lebensmittel, der mit einer Rückzahlung an die Konsument\*in-  
58 nen sozial ausgeglichen wird.
- 59 3. Konsequente Durchsetzung von Arbeits-, Tierschutz- und Umweltstandards in der Lebensmittel-  
60 produktion in Deutschland, aber auch entlang der gesamten Lieferkette. Dies bewirkt ein direktes  
61 Importverbot von Lebensmitteln, die auf illegal gerodeten Regenwaldflächen produziert wurden.  
62 Darüber hinaus setzen wir uns für einen europäischen Mindestlohn insbesondere für Erntehel-  
63 fer\*innen ein.
- 64 4. Reform der EU Subventionen für die Landwirtschaft: Subvention nach ökologischen Richtlinien und  
65 nicht wie bisher nach Fläche. Besonders soll der Umstieg zu CO2 armen Produkten gefördert wer-  
66 den. Keine Subvention von Exportprodukten.
- 67 5. Innerdeutsche Förderprogramme zum Umstieg auf tierfreundliche Haltung und die Subventionie-  
68 rung von Zertifizierungsprozessen. Langfristig dieses Programm auf EU-Ebene auszuweiten.
- 69 6. Einführung einer Flächenquote, um die Zahl der Tiere und vor allem die Menge der Gülle in der  
70 Fläche zu begrenzen.
- 71 7. Die Gesundheits- und Landwirtschaftsministerien von Bund und Ländern dazu auf, Materialien zu  
72 alternativen Ernährungsformen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig sollen vegane und vegetari-  
73 sche Lebensmittel als solche auch verpflichtend gekennzeichnet werden, um den Konsument\*in-  
74 nen eine alternative Ernährung zu erleichtern.
- 75 8. Die Kultusministerkonferenz dazu auf ein Konzept zu entwickeln, wie umweltrelevante, gesund-  
76 heitliche und ethische Aspekte der Ernährung möglichst flächendeckend in die schulische Bildung  
77 integriert werden können. Mögliche Instrumente wären hier der Ausbau des Faches Ernährungs-  
78 lehre oder die Integration der Inhalte in Fächer wie Biologie, Geographie und Ethik/ Religionslehre/  
79 Philosophie.